

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

68. Sitzung
4. April 2016

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.04 Uhr
Vorsitz: Frank Jahnke (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. „Ist die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten in die Vergabe von 300.000 Euro aus Mitteln der City-Tax zur Beauftragung der Berlin Music Commission zur Entwicklung einer neuen Konzert-App eingebunden bzw. dazu konsultiert worden und welchen Mehrwert bzw. Vorteil erwartet sie gegenüber bereits bestehenden Apps wie beispielsweise <http://go.berlin.de> <<https://t.co/eLudCDn0nx>> ?“
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Philipp Magalski** (PI-RATEN), dass er davon ausgehe, dass sich die Kollegen der Wirtschaftsverwaltung das sehr genau angesehen und geprüft hätten.

2. „Teilt der Senat die Sorge unter anderem der Russischen Botschaft und anderer osteuropäischer Staaten, dass das sog. Lollapalooza-Festival, das in diesem Jahr im Treptower Park durchgeführt werden soll, die Ruhe und Würde der dortigen Grabstätten und des Ehrenmals in Treptow stört und wird er einen anderen Standort empfehlen?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU), dass der Senat ein großes Interesse daran habe, den einzigen europäischen Ableger dieses äußerst renommierten Festivals in den innerstädtischen Raum Berlins hineinzubringen, wie dies auch in Chicago und anderen Städten der Fall sei. Zum Publikum dieses Festivals zählten insbesondere Familien. 2016 könne der bisherige Standort Tempelhof dafür einmalig nicht genutzt werden, und es würden diverse andere Standorte geprüft.

Nach einem Beschluss der BVV Treptow-Köpenick vom 3. 3. 16 würden für den Standort Treptower Park diverse Auflagen vorgegeben; demnach müsse zwingend sichergestellt sein, dass die Kriegsgräberstätten und das Sowjetische Ehrenmal in ihrer Würde durch das Festival nicht beeinträchtigt würden. Die Senatskanzlei habe zudem am 30. 3. 16 die Botschaften der ehemaligen GUS-Staaten eingeladen und über die aktuellen Planungen informiert. Es sei vereinbart worden, dass ein weiteres Treffen stattfinden solle.

Man warte nun die Auswertungen ab. Er weise darauf hin, dass sich z. B. an der Straße des 17. Juni ebenfalls ein Sowjetisches Ehrenmal mit Gräbern sowjetischer Soldaten befinde und es auch dort gelinge, bei Veranstaltungen deren Ehre zu wahren. Man werde sicherlich einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen finden. Frau Szép, die diese Veranstaltung durchführe, habe auch durch ihre Arbeit beim Sziget-Festival Erfahrungen mit solchen innerstädtischen Veranstaltungsorten.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) merkt an, dass man trotz aller Bemühungen nicht verhindern könne, dass Lärm entstehe und Schäden verursacht würden. Insofern sei eine solche Veranstaltung nicht mit Kriegsgräberstätten zu vereinbaren. Er appelliere an den Senat, andere Möglichkeiten für dieses Festival zu finden.

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult) erklärt, er nehme diesen Appell mit.

Notker Schweikhardt (GRÜNE) hebt hervor, dass Staatssekretär Renner von einem „einmaligen“ Ausweichen an einen anderen Standort gesprochen habe. Werde das Flughafengelände Tempelhof im nächsten Jahre wieder für dieses Festival zur Verfügung stehen?

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult) erklärt, mit hundertprozentiger Sicherheit könne er das nicht zusagen. Da die Flüchtlinge übergangsweise im Flughafengebäude Tempelhof untergebracht seien, werde sich die Lage bis 2017 hoffentlich geändert haben, sodass dann auch das Festival wieder dort stattfinden könne.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung vorliege und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Außengestaltung des Humboldt-Forums

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

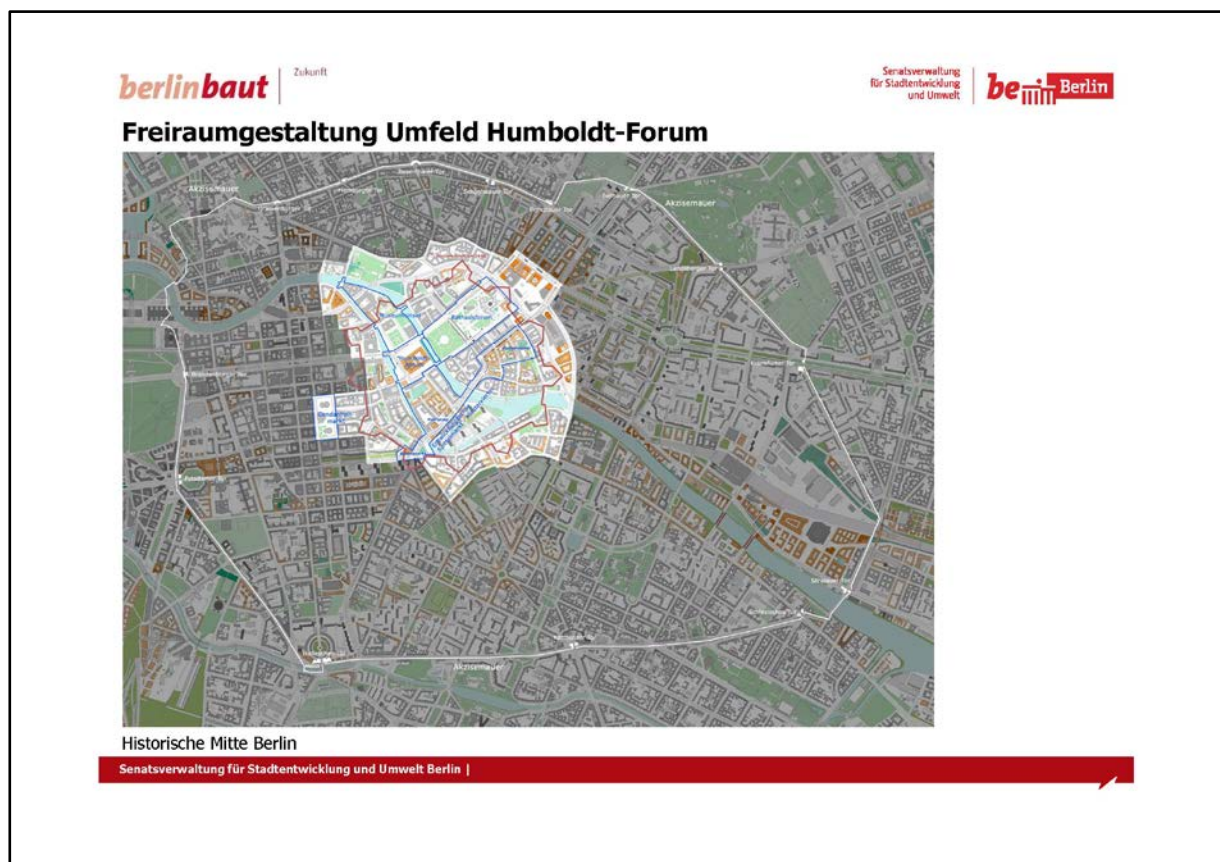
[0214](#)

Kult

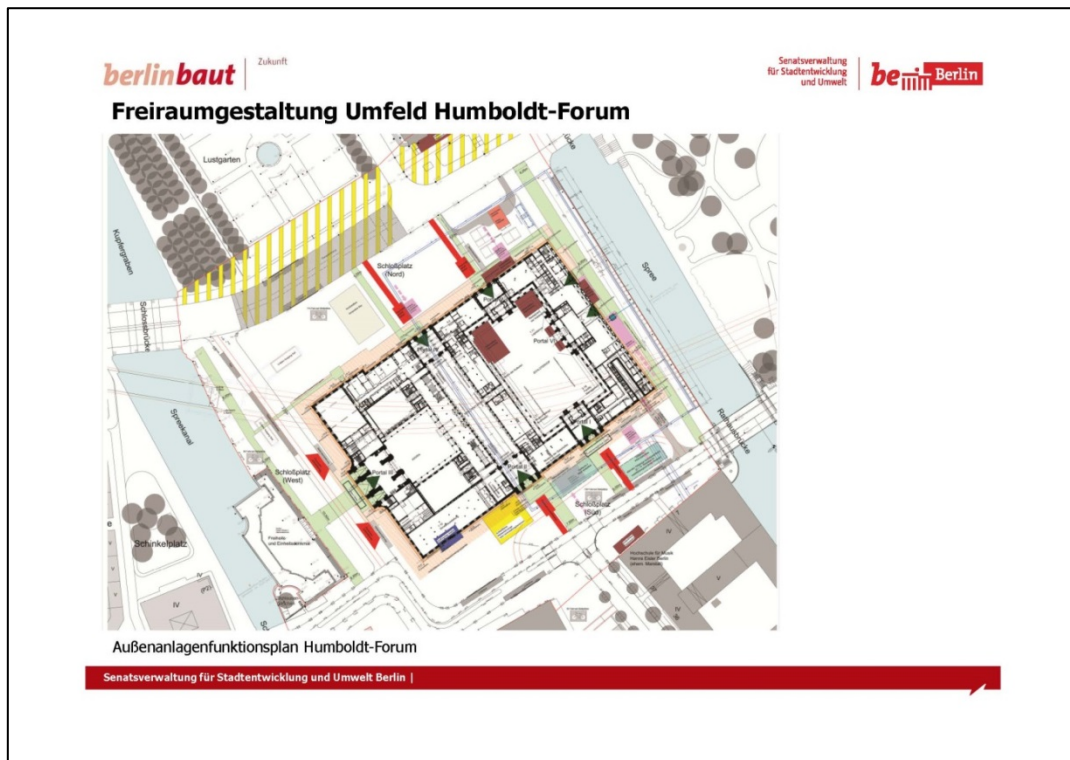
Stefan Schlede (CDU) erklärt, dass das Ergebnis der Bürgerbeteiligung in Mitte – der Befragung „Alte Mitte – neue Liebe?“ – zwar mittlerweile vorliege, aber bislang noch nicht allgemein zugänglich sei. Insofern werde man diesen Tagesordnungspunkt in Kürze erneut aufrufen müssen, um auch darüber zu diskutieren. In der heutigen Sitzung solle Senatsbaudirektorin Lüscher aber über den Stand der Planungen zur Außengestaltung des Humboldt-Forums berichten.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) teilt mit, dass der Senat am 22. 3. 16 die zehn Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte, die als Ergebnis aus der Stadtdebatte „Alte Mitte – Neue Liebe?“ hervorgegangen seien, zur Kenntnis genommen und an das Abgeordnetenhaus überwiesen habe. Diese Bürgerleitlinien würden sicherlich noch in die betreffenden Fachausschüsse überwiesen; auf entsprechende Bitten habe sie sich dafür eingesetzt, diese Leitlinien den stadtentwicklungspolitischen Sprechern vorab zur Verfügung zu stellen.

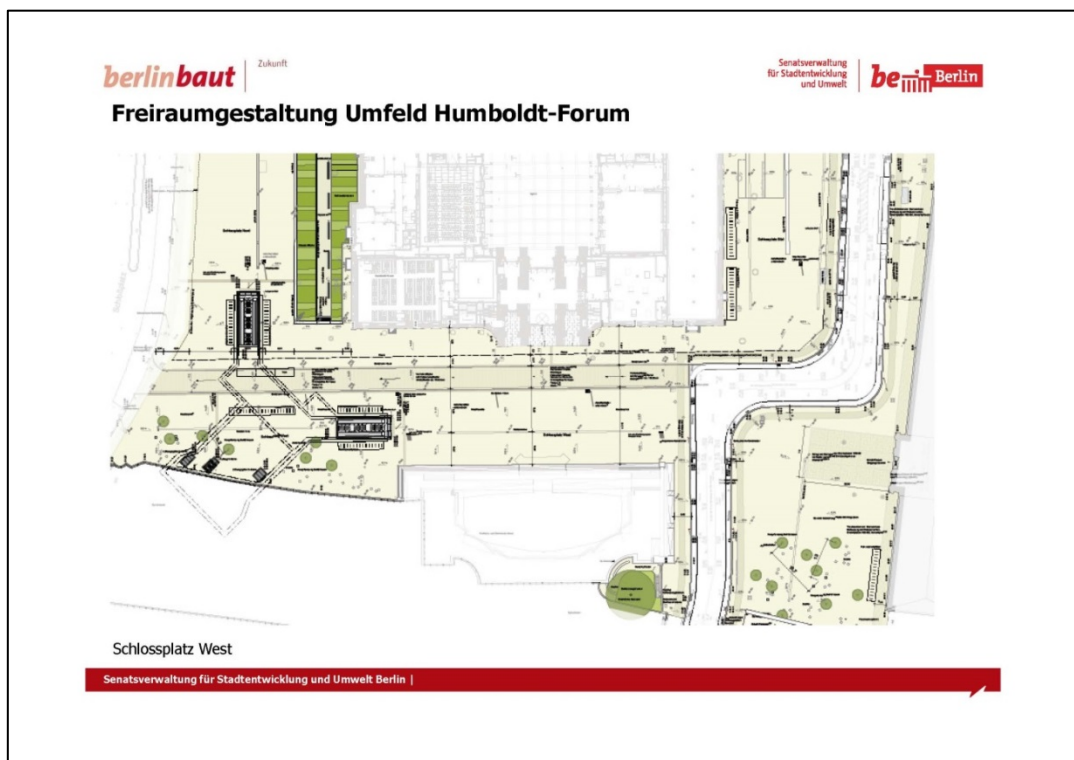
Im Folgenden werde sie anhand einer Präsentation die geplante Freiraumgestaltung rund um das Humboldt-Forum darstellen. Wie die erste Folie illustriere, befinde man sich mit dem Humboldt-Forum mitten im historischen Kern Berlins. Auf diesem Plan seien auch die barocken Festungsanlagen zu erkennen, die später geschliffen worden seien.



Zu den technischen Bedingungen, unter denen die gesamte Wettbewerbsausschreibung gestanden habe: Das wiedererrichtete Schloss bzw. das Humboldt-Forum habe relativ komplizierte technische Voraussetzungen, die durch den Nutzer formuliert worden seien. Der folgenden Plangraphik seien die Vorgaben zu entnehmen. Es habe umfangreiche Vorgaben zu Fluchtwegen, zu Feuerwehraufstellflächen, zu Aufstellflächen für Mobilkräne für die spätere Unterhaltung der Fassade, für Übertragungswagen etc. gegeben. Insofern sei man nicht mehr ganz frei gewesen, um die Freiraumgestaltung umzusetzen. Für den hell markierten Freiraumstreifen rund um das Humboldt-Forum sei verlangt worden, die Fassade dauerhaft zugänglich zu machen. Das habe selbstverständlich Einfluss auf die Gestaltung gehabt, und zwar insbesondere hinsichtlich der Schlossterrassen, die man nicht mehr mit der ursprünglichen Höhendifferenz habe errichten können.



Die folgende Plangraphik zeige die Befahrung im Einrichtungsverkehr – möglich von Süd nach Nord – mit Freigabe für den Fahrradverkehr in beiden Richtungen, möglicherweise einer ausgewiesenen Tempo-10-Zone – also sehr langsam, reduziert, damit dieser Bereich auch für die Fußgänger attraktiv sei – und den Taxistellflächen auf den ausgewiesenen Bereichen. Das seien die Vorgaben für diesen Bereich gegenüber dem Freiheits- und Einheitsdenkmal.



Das Freiheits- und Einheitsdenkmal sei ein Bauvorhaben des Bundes. Das Land Berlin sei dort weder Baudienststelle noch Bauherr, aber Genehmigungsbehörde. Im Vorfeld habe es komplizierte Abstimmungen in Zusammenhang mit der Baugenehmigung gegeben. Sowohl für das Thema „barrierefreie Erschließung“ als auch für die Verlagerung der historischen Mosaik auf dem dort befindlichen Sockel des früheren Denkmals habe man eine Lösung finden müssen und mittlerweile gefunden. Die in der Baugenehmigung enthaltenen Auflagen seien vom Bund erfüllt worden. Die Grundstücksübertragung an den Bund werde derzeit in der Zuständigkeit der BIM betrieben. Am 9. 10. 15 sei die Baugenehmigung erteilt worden, und nach Aussage des Bundes solle mit dem Bau 2017 begonnen werden.



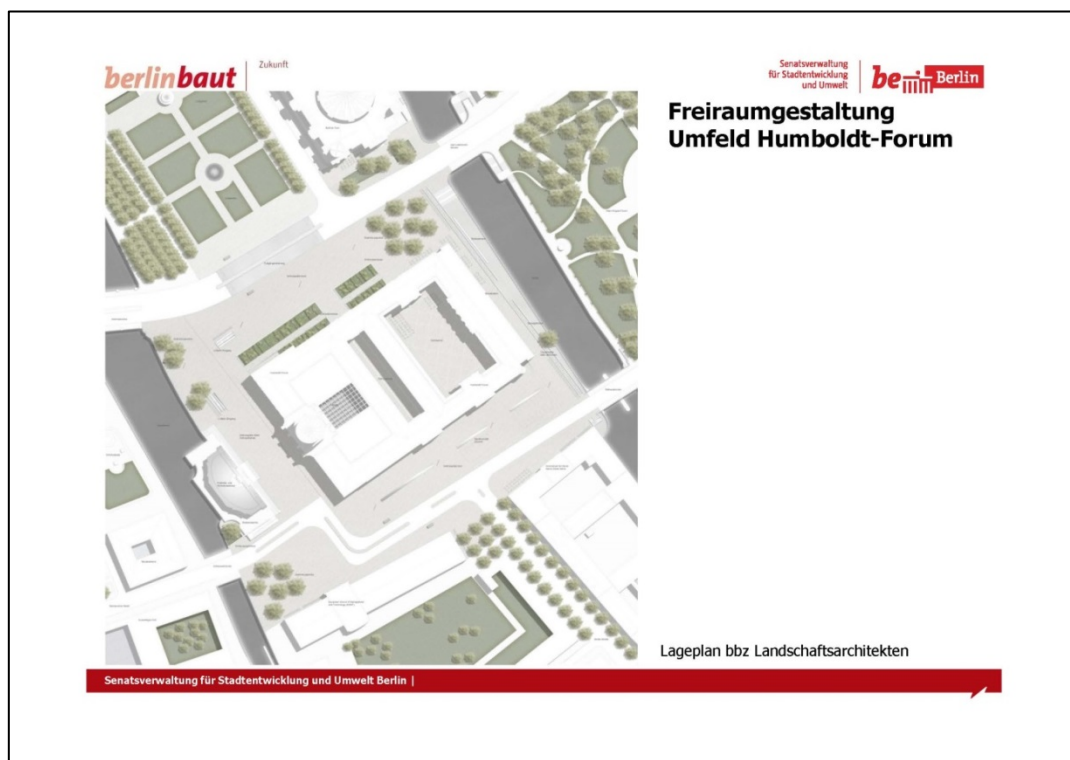
Zur Freiraumgestaltung um das Humboldt-Forum: Diese Aufgabe liege in der Zuständigkeit des Landes Berlin. Im Januar 2013 sei dazu ein Wettbewerb durchgeführt worden – im Vorfeld mit intensiven Abstimmungen mit dem Bund, der Stiftung und dem Denkmalschutz. Im Januar sei der Entwurf von BBZ Landschaftsarchitekten als 1. Preis ausgewählt worden; im Preisgericht seien der Bund, die Stiftung und das Land Berlin sowie Fachpreisrichter und -richterinnen vertreten gewesen.

Das Konzept sehe eine zeitgemäße Umgestaltung des Humboldt-Forum-Umfeldes vor, die die historischen Bezüge aufgreifen solle. Das sei ausdrücklich in der Wettbewerbsauslobung so formuliert worden. Es sollte ein Entwurf gefunden werden, der auch zwischen dem Lustgarten, dem Spreeufer und den anderen Seiten vermittele. Es sei auch darum gebeten worden, im Ausschreibungsverfahren einen Vorschlag zu machen, wie verkehrsberuhigende gestalterische Maßnahmen zwischen Lustgarten und Humboldt-Forum umgesetzt werden könnten. Die Wettbewerbsteilnehmer hätten sich zudem mit den bereits beschriebenen technischen Gegebenheiten auseinandersetzen müssen.

Der Siegerentwurf lasse langfristig die Rekonstruktion des Schlossplatzes Süd mit dem Neptunbrunnen zu. Auch die Rückführung von Artefakten – Rossebändiger, Adlersäule – an den ursprünglichen Ort sei mit diesem Entwurf möglich. Dies sei im Preisgericht intensiv diskutiert worden und einer der Gründe, warum dieser Entwurf die Mehrheit gefunden habe. Denn der Entwurf finde eine Lösung zwischen einer zeitgenössischen Reinterpretation und der Aufnahme der historischen Spuren mit einer Offenheit für die zukünftige Entwicklung.

Die geprüfte Entwurfsplanung werde voraussichtlich Mitte 2016 vorliegen. Der Kostenansatz in der Planung liege bei 16,6 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolge im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme. Die Umsetzung, die in den einzelnen Planungsschritten schon sehr eng abgestimmt sei, sei sehr stark mit dem parallel verlaufenden Hochbau des Humboldt-Forums abgestimmt. Das müsse Hand in Hand gehen, weil alle daran interessiert seien, dass bei Eröffnung des Humboldt-Forums diese Freiraumgestaltung in den wesentlichen Teilen abgeschlossen sei. Bekanntermaßen könne aber eine Freiraumgestaltung erst vollends abgeschlossen werden, wenn sämtliche Baustelleneinrichtungen und im Grunde der Hochbau abgeschlossen seien. Man habe ca. 38 000 qm Fläche umzugestalten und strebe an, dass mit Eröffnung die wesentlichen Teile umgesetzt seien.

Nördlich des Humboldt-Forums sei eine Gestaltung mit Blumenterrassen vorgesehen, die die historischen Schlossterrassen aufnehme. Allerdings befänden sich diese nicht auf einem Sockel, weil direkt entlang der Fassade, wie bereits angeführt, ein Zugang erhalten bleiben müssen, um die Unterhaltung der Fassade gewährleisten zu können. Es komme hier also zu einem Rückgriff auf die historische Gestaltung wie zur Erfüllung der modernen Anforderungen an den Betrieb des Humboldt-Forums.



Die folgende Folie zeige diesen Bereich in der Visualisierung. Wie bereits erwähnt, seien die Blumenterrassen im Ausmaß und im Grundriss eine Referenz an die ehemaligen Schlossterrassen. Zu sehen sei auch der erwähnte freie Bereich direkt am Gebäude. Im Vordergrund sei der Aufgang zur U-Bahnstation zu erkennen.

Die Baumpflanzungen an dieser Stelle produzierten einen gewissen Filter. Wichtig sei, dass der Blick zwischen Lustgarten und Schlossfassade offen bleibe und dieser Bezug verstärkt werde. Die Landschaftsarchitekten hätten vorgeschlagen, später im gleichen Belag wie der gesamte Vorplatz einen breiten Fußgängerübergang vom Schlossplatz zum Lustgarten herzustellen, wobei diese Achse, die heute sehr stark unterbrochen sei, thematisiert und intensiviert werde. Das sei auch auf dem Lageplan – vorige Folie – entsprechend eingetragen.



Die folgende Folie zeige den gesamten Bereich zur Spree mit der zeitgenössischen Fassade von Franco Stella – mit Aufenthaltsflächen auf den höher gelegenen Terrassen, ebenerdig, und mit der Möglichkeit, eine Außenbestuhlung vorzunehmen.

Die Treppenanlagen und die Rampenanlagen für eine barrierefreie Nutzung prägten die Gestaltung der Ufermauern und seien der gelungene Versuch, einen stärkeren Bezug zum Wasser herzustellen. Man komme so näher an das Wasser heran, und auch die Wasserkante könne sehr gut genutzt werden. Die Weide links stelle einen Bezug zum historischen Spreegärtchen her.

berlinbaut | Zukunft

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Umwelt

be mini Berlin

Freiraumgestaltung Umfeld Humboldt-Forum



Ein neuer attraktiver Ort an der Spree – die Spreeterrassen mit Weide

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin |

Die folgende Folie zeige die Spreeterrassen an dieser Stelle im Schnitt. Es sei zu erkennen, dass man tatsächlich am Wasser bzw. unter diesem Baum im Schatten diese Lagen genießen könne. Es komme also zu einer deutlichen Aufwertung dieser gesamten Uferpassage. Die Uferwand habe natürlich neu gebaut werden müssen, und zwar mit einem gewissen technischen Aufwand, damit das Ganze auch wieder befestigt sei.

berlinbaut | Zukunft

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Umwelt

be mini Berlin

Freiraumgestaltung Umfeld Humboldt-Forum



Spreeterrassen, Schnitt

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin |

Die folgende Folie zeige den Schlossplatz Süd mit der heute bestehenden Verkehrsführung – ohne Neptunbrunnen. Wenn man den Neptunbrunnen an dieser Stelle wiedererrichten wolle, müsse man die Straßenführung anpassen, damit der ursprüngliche historische Raum entstehe. Das Preisgericht habe im Januar 2013 in den Empfehlungen festgehalten, dass man parallel zu dieser Planung eine Planung mit Anpassungen für den Fall beauftragen solle, dass der Neptunbrunnen dorthin versetzt würde. Diese Planung mit den Anpassungen liege mittlerweile vor.

In diesen Bereich habe man selbstverständlich auch Stellplatzanlagen für die mobilitäts-eingeschränkten Besucher und Besucherinnen sowie Aufstellflächen für Reisebusse zum kurzfristigen Ein- und Aussteigen einbezogen. Für die Tourismusströme habe man auch Angebote bereithalten müssen, und man habe sich dafür entschieden, Anhaltepunkte für ein Ein- und Aussteigen, aber keine feststehenden Parkplätze zu schaffen, um auch den Blick auf die Schlossfassade nicht zu korrumpieren.



In dem folgenden Grundriss seien diese Sachverhalte noch etwas deutlicher zu erkennen: die Stellplätze, die man nachweisen müsse, die heutige Straßenführung und in der Mittelachse der Platzanlage und in der Mittelachse der Breite Straße ein breiter, zusammenhängender Bereich mit Sitzgelegenheiten – also ein sehr urbaner, steinerner Platz.

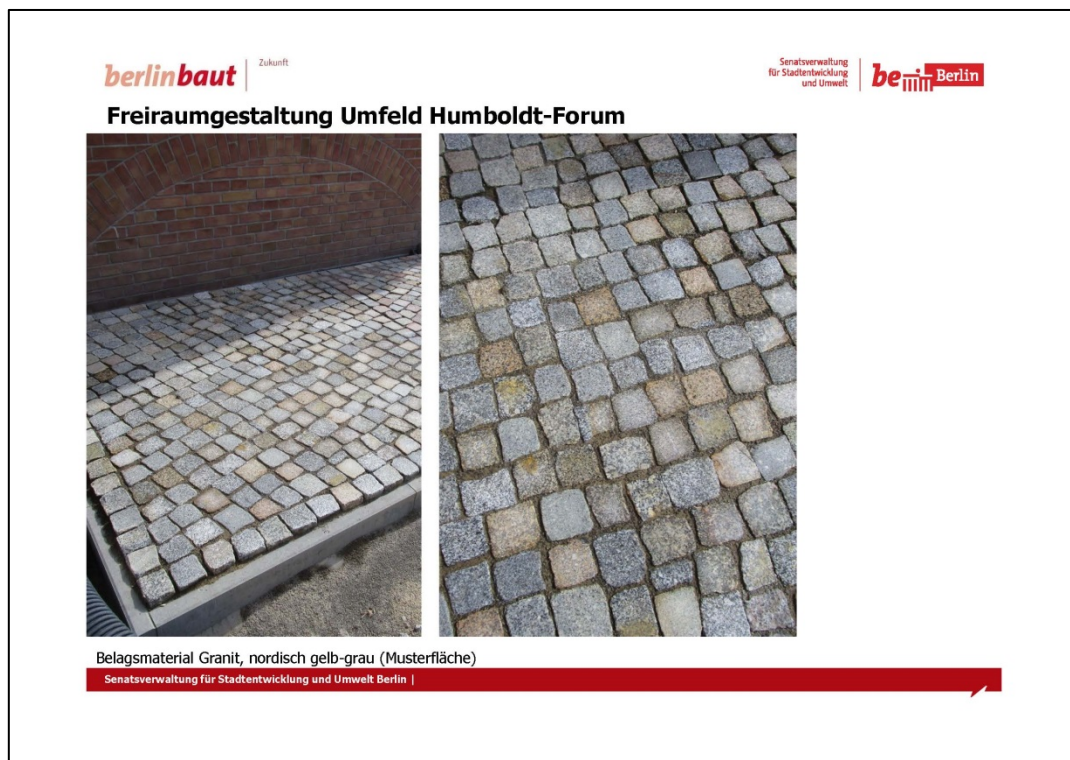


Im Folgenden seien die im Grunde sehr reduzierten Gestaltungselemente dargestellt: die Sitzbänke, Bänke in den Terrassenbeeten – sehr traditionell – und Stühle unter den Bäumen, wie man es auch aus anderen Städten und von anderen Plätzen kenne.



Die folgende Folie zeige das Material. Man habe mit der Stiftung, also mit der Bauherrschaft des Humboldt-Forums, in mehreren Eins-zu-eins-Mustern den gesamten Bodenbelag in seiner Farbigkeit und Materialität abgestimmt, damit er gut zur Fassade passe und eine Korrespondenz zu den Bodenbelägen in den Innenbereichen des Humboldt-Forums bestehe.

Man habe das Anliegen verfolgt, mit dem Granit ein Material zu finden, dass sehr traditionell für Berlin sei, aber auch eine gewisse Eleganz ausstrahle. Gleichzeitig habe das Material Bedingungen hinsichtlich Reinigung, Begehbarkeit, Trittfestigkeit und Sicherheit erfüllen müssen. Auch das sei mit dem Bezirk Mitte abzustimmen gewesen. Man habe sich für einen Granit – nordisch gelb-grau – entschieden, der sehr lebendig sei – mit einer gesägten und gestockten Oberfläche, Berliner Passe.



Die Vorplanung und die Entwurfsplanung seien abgeschlossen. Der Neubau der Uferwand werde Mitte 2016 bis Mitte 2017 als vorgezogene Maßnahme umgesetzt, abgestimmt mit dem gesamten Bauabschnittsplan des Humboldt-Forums. Der eigentliche Baubeginn für den Freiraum werde Mitte 2017 erfolgen, und ab 2019 komme es zur Fertigstellung.

berlinbaut Zukunft

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt | **berlin** Berlin

Freiraumgestaltung Umfeld Humboldt-Forum

Zeitplan

Vorplanung (abgeschlossen)	2014/2015
Entwurfsplanung	2015/2016
Neubau Uferwand (vorgezogene Maßnahme)	Mitte 2016 bis Mitte 2017
Baubeginn Freiraum in mehreren Bauabschnitten	ab Mitte 2017
Fertigstellung ohne Baustelleneinrichtungsfläche U 5	ab 2019

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin |

Sabine Bangert (GRÜNE) erklärt, nach ihrem Eindruck werde vor dem Humboldt-Forum ein urbaner steinerner Platz mit null Aufenthaltsqualität entstehen. Die Planung sei ziemlich uninspiriert. In Anbetracht dieses großen Projekts hätte man auf die Außengestaltung etwas mehr Mühe verwenden sollen. Das Innenleben des Humboldt-Forums werde sicherlich farbig und lebendig sein, sodass dieses Steinpflaster drum herum sehr dürrig wirke. Es würde auch nicht viel an Qualitätsverbesserung bringen – und sie wäre auch dagegen –, wenn man den Neptunbrunnen und die Rossebändiger hinzunehme. Im Sommer werde es in dieser „Granitwüste“ wohl brütend heiß sein. Sie sei von der Planung enttäuscht und hoffe, dass sie nicht so umgesetzt werde. Wie bewerte Senatsbaudirektorin die Planung? Was sei hinsichtlich der Belebung des Platzes vorgesehen?

Stefan Schlede (CDU) kritisiert, dass der Platz vor dem Hauptportal – Westseite – an Ödigkeit kaum zu übertreffen sei. Auch aus seiner Sicht fehle die Aufenthaltsqualität; wahrscheinlich werde es dort im Sommer unbeschattet und im Winter zugig sein. Das gelte auch für das Kleinsteinpflaster. Der Lustgarten biete hingegen diese Aufenthaltsqualität, dort gehe man gern hin. Das Äußere sollte auch eine gewisse Attraktivität haben und nicht davor abschrecken, in das Gebäude selbst zu gehen.

Die Stadtdebatte „Alte Mitte – Neue Liebe?“ sei für die Außengestaltung des Humboldt-Forums vor allem wegen der Aussagen zum Neptunbrunnen von Bedeutung. Die CDU-Fraktion habe sich eindeutig dafür ausgesprochen, den Neptunbrunnen an den ursprünglichen Standort auf dem Schlossplatz in der Verlängerung der Breite Straße zu versetzen. Nach der jetzigen Planung würden dort steinerne Bänke aufgestellt und ein Stellplatz für Busse einge-

richtet, was wenig einladend sei. Es gebe keinen Grund, die bisher festgelegte Straßenführung beizubehalten, sondern man sollte die Straßenführung so ändern, dass der Neptunbrunnen am ursprünglichen Ort wiedererrichtet werden könne. Dafür habe der Bundestag auch bereits Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro bewilligt.

Philipp Magalski (PIRATEN) erklärt, dass auch nach seinem Eindruck um das Humboldt-Forum eine „Granitwüste“ entstehe. Es fehle das Grün. Werde es neben den Sitzgelegenheiten auch Vegetation geben, um eine Aufenthaltsqualität zu schaffen? – Werde der Zugang über die Spreeterrassen hin zum Wasser barrierefrei gestaltet? – Einerseits habe er den Eindruck gewonnen, dass die Busse am Humboldt-Forum auf der Straße selbst zum Aus- und Einsteigen anhalten würden, andererseits sei auf dem Plan aber eine Stellfläche eingetragen. Hierzu bitte er um eine Erläuterung.

An welchen Ort seien die Mosaikteile vom Sockel des früheren Denkmals ausgelagert worden? Könnte man diese in die künftige Außengestaltung integrieren und so der Stadtgesellschaft zeigen? – Nach den Ergebnissen der Stadtdebatte „Alte Mitte – Neue Liebe?“ sei die Frage einer künftigen Bebauung in Berlins Mitte noch strittig. Welche Flächen sollten denn gegebenenfalls bebaut werden? Warum sei eine Abschirmung der Marienkirche zur Straße hin vorgesehen? – Werde der gezeigte Zugang zur U 5 bis 2019 fertiggestellt sein?

Marion Platta (LINKE) fragt, inwieweit die neuen Planungshinweise aus der Planungshinweiskarte Klimaschutz bei der Entwicklung der Freiraumkonzeption berücksichtigt worden seien. Nach diesen Hinweisen müsste man eigentlich mehr Grün an dieser Stelle erwarten. Wie gehe man mit dem anfallenden Regenwasser auf dieser Fläche um? – Es sei von einer zeitgemäßen Umgestaltung die Rede gewesen. Inwiefern könne man davon ausgehen, dass diese die Menschen auch noch in der Zukunft anspreche? – Zum verkehrlichen Konzept: Werde es Ladestationen geben, um die Elektromobilität auch an diesem Standort realisieren zu können? Wenn die Besucher im Sommer aus dem kühlen Gebäude über den heißen Platz in die kühle U-Bahnstation gingen, sei das nicht vorteilhaft. Seien noch Maßnahmen möglich, um diese ungünstige Situation auf dem Vorplatz zu verbessern?

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) erklärt, dass es sicherlich keine leichte Aufgabe sei, das historisch implantierte Schloss in einen ebenfalls historischen Stadtraum zu integrieren. Deshalb müsse sich dieser Anteil auch in der Umgebung des Schlosses wiederfinden. Ihm sei die Auffassung der Abgeordneten Bangert, dass man ohne die historischen Teile wie den Neptunbrunnen, die Rossebändiger und anderes, das übriggeblieben sei, auskommen könne, völlig unverständlich. Seine Fraktion werde darauf bestehen, diese Teile einzubeziehen. Neue Bänke und Bäume seien keine Lösung des Problems.

Notker Schweikhardt (GRÜNE) bittet um eine Erläuterung zur Erschließung. Sei z. B. mit Warteschlangen der Besucher auf dem Platz vor dem Humboldt-Forum zu rechnen, oder reiche dafür der Platz innerhalb des Gebäudes aus? Werde es Fahrradabstellplätze geben? Werde es für den Schiffsverkehr an der einen oder anderen Seite des Humboldt-Forums eine Erschließung geben? Gebe es einen Plan, wo man die Flächen für Busse und den Individualverkehr besser erkennen könne? – In der Wertung stimme er den Vorrednern zu. Nach diesen Planungen werde sich eine Aufenthaltsqualität wie am Kulturforum ergeben.

Daniel Buchholz (SPD) erklärt, man erwarte zu Recht, dass sich in diesem Raum vor dem Humboldt-Forum viele Menschen aufhielten, die das Humboldt-Forum besuchten oder dort einfach nur entlang flanierten. Deshalb sollte dieser Bereich nicht dicht mit gestalteten Elementen vollgestellt werden, sondern den Besuchern auch ein Stück weit Freiheit für das Bewegen bleiben.

Könne Senatsbaudirektorin Lüscher bestätigen, dass bei der Auslobung des Wettbewerbs gefordert worden sei, dass das Umfeld des Humboldt-Forums aus stadtentwicklungs- und kulturpolitischer in der Gestaltung etwas zurückgenommen sein sollte, um diesen Solitär Schloss bzw. Humboldt-Forum in einem bestimmten Maß auch allein zur Geltung kommen zu lassen. Man würde diesen Solitär entwerten, wenn man – etwas flapsig formuliert – viel Firlefanz drum herum platzieren und drapieren würde. Insofern sei die erwähnte Freiheit auch ein Gestaltungselement für diese Fläche. – Er bitte um eine nähere Erläuterung zu den Ein- und Aussteigeflächen für die Busse.

Vorsitzender Frank Jahnke merkt an, dass die Schlossfreiheit bis in das weite 19. Jahrhundert hinein keineswegs frei gewesen sei und das Schloss dennoch seine Wirkung entfaltet habe.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) weist darauf hin, dass man die Diskussionen mit den jetzt gestellten Fragen und der vorgetragenen Kritik auch schon im Vorfeld des Wettbewerbs und während des Preisgerichts nahezu endlos und teilweise auch polemisch geführt habe. In diesem Preisgericht hätten einige sehr stark auf eine historisierende Gestaltung gedrängt, und andere seien durchaus für eine etwas zeitgenössischere Gestaltung offen gewesen. Mit dem vorliegenden Entwurf habe man aber eine gute Lösung gefunden.

Im Vorfeld des Wettbewerbs sei heftig und zum Teil mit unsachgemäßen Unterstellungen z. B. darüber gestritten worden, ob der Neptunbrunnen, die Rossebändiger und weitere Skulpturen zurückgeführt werden und welche Rolle die Schlossterrassen spielen sollten – bis hin zur Rekonstruktion der Schlossterrassen. Sie habe in der Präsentation zu zeigen versucht, aus welchen schon allein technischen Gründen gewisse Planungen nicht möglich gewesen seien. In der Schlussabstimmung sei übrigens ein anderes Projekt „ganz weit vorne“ gewesen, das z. B. für die nördliche Seite eine riesige unstrukturierte Grünfläche vorgeschlagen habe, was aber bei über der Hälfte des Preisgerichts zu nacktem Entsetzen geführt habe, weil es absolut ahistorisch bzw. historisch nicht nachvollziehbar gewesen sei.

Die historische Gestaltung der Schlossterrassen habe übrigens etwas weniger Grün, als jetzt vorgesehen sei, bzw. gar kein Grün enthalten. Auch das Thema Bäume sei heftig diskutiert worden, wobei am Ende eine Einigkeit bestanden habe, dass man an der gezeigten Stelle einen schönen Baumkörper ausbilde, unter dem man dann auch Gastronomie betreiben könne – in schattiger Situation. Es habe eine riesige Diskussion gegeben, ob es möglich und erlaubt sei, noch eine weitere Baumgruppe unterzubringen, und zwar immer unter dem Aspekt, dass diese rekonstruierten Schlossfassaden genau so wirken sollten, wie sie historisch gewirkt hätten. Es sei darauf hingewiesen worden, dass man diese Fassaden, wenn man schon so viel Geld für eine Rekonstruktion ausbebe, auch sehen sollte. Das verbiete dann in der Regel intensive Baumsetzungen.

Einige Projekte hätten völlig bunte, schreierische und zum Teil auch sehr vegetative Vorschläge enthalten, die aber seitens der Jury bis in die Endrunden keine Zustimmung und in keinsten Weise eine Mehrheit gefunden hätten. In diesem Wettbewerb sei es nicht darum gegangen, ein Disneyland zu entwerfen, sondern eine Gestaltung, die sich auf historische Spuren beziehe und die an jenen Stellen, an denen das möglich sei, durchaus auch Baumsetzungen und Schattenbereich vorsehe. Die Beete im Bereich der historischen Schlossterrassen würden eine intensive Bepflanzung erhalten. Dort werde man mit den kleinen Kompartimenten geradezu im Sinne eines Lustgartens und mit den Sitzgelegenheiten sehr schöne Aufenthaltsbereiche haben. Man müsse auch berücksichtigen, dass man sich hier in einem großen Maßstab befinde. – Im Bereich vor dem Hauptportal seien Bepflanzungen völlig undenkbar gewesen, weil dort die Vorfahrt auch für hohe Staatsgäste gesichert werden müsse.

Das Preisgericht habe an dem vorliegenden Entwurf als positiv hervorgehoben, dass er durch seine Strukturierung an den betreffenden Stellen Rückführungen zulasse, wenn es zu entsprechenden politischen Entscheidungen komme.

Zur Frage des Abgeordneten Magalski nach der Barrierefreiheit an der östlichen Seite hin zu Spree: Selbstverständlich werde heutzutage jeder öffentliche Raum barrierefrei hergestellt, und selbstverständlich seien Zufahrtsrampen mit entsprechenden Neigungen geplant. Übrigens hätten viele Entwürfe für diese Seite Treppenanlagen für einen besseren Zugang zum Wasser vorgeschlagen, die allerdings nicht barrierefrei umsetzungsfähig gewesen seien. – Ein „gediegenes Chillen“ sei in verschiedenen Bereichen möglich; das könne sie sich dort gut vorstellen.

Zu den Frage nach der Pflasterung: Es ständen 16,6 Mio. Euro aus der Entwicklungsmaßnahme zur Verfügung. Man müsse sich bereits über die Frage der Baumsetzungen – in welcher Größe die Bäume eingesetzt würden – mit den Grün-Fachleuten intensiv absprechen. Diese wiesen darauf hin, dass es bei bestimmten Baumarten hinsichtlich der Pflege und des weiteren Wuchses besser sei, sie relativ jung einzubringen, damit sie sich an die Bedingungen vor Ort gewöhnen könnten und man im Wuchs bessere Resultate erreiche. Es seien stets Kosten-, Nutzen- und Fachfragen abzuwägen.

Zum Bau der U 5 wolle sie sich nicht äußern, weil es sich nicht um eine Baumaßnahme von SenStadtUm handle und sie der BVG nicht vorgreifen wolle.

Da es mehrfach angesprochen worden sei, werde sie anhand der folgenden Folien kurz darstellen, wie in der Stadtdebatte „Alte Mitte – neue Liebe“ zum Thema Neptunbrunnen Stellung genommen worden sei und wie die Alternativplanung aussehe, ohne damit die Diskussion zu den angeführten Leitlinien vorzuziehen.

Die Frage des Standorts für den Neptunbrunnen sei eine Nebendiskussion innerhalb dieser Stadtdebatte gewesen. Es habe z. B. 79 bzw. 19 Nennungen zum Brunnen von insgesamt ca. 2 700 bzw. über 1 000 Beiträgen in den beiden Online-Dialogen gegeben. Der Neptunbrunnen sei überwiegend als selbstverständlicher Teil des jetzigen Ortes verstanden worden.

berlinbaut | Zukunft

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Umwelt | **be** im **Berlin**

Freiraumgestaltung Umfeld Humboldt-Forum

Stadtdebatte „Alte Mitte – neue Liebe?“ – Aussagen zum Neptunbrunnen

- Die Diskussion um den Standort des Neptunbrunnens war eine **Nebendiskussion** innerhalb der Stadtdebatte.
 - Online-Dialog: 79 Nennungen zum Brunnen von rund 2700 Beiträgen
 - Online-Dialog: 17 Nennungen zum Brunnen von insgesamt über 1000 Beiträgen
- Der Brunnen wurde überwiegend als **selbstverständlicher Teil des Ortes** eingeordnet. In beiden Online-Dialogen sprachen sich rund zwei Drittel der Teilnehmenden für einen Verbleib, etwa ein Drittel der Teilnehmenden für die Verlegung des Neptunbrunnens vor das Humboldtforum aus.



Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin |

Die Freiraumgestaltung zum Humboldt-Forum sei in verschiedenen Bürgerleitlinien indirekt angesprochen worden. Sie habe diese auf der folgenden Folie zusammengetragen.

Der Neptunbrunnen am bestehenden Standort werde demnach häufig mit einer hohen Aufenthaltsqualität verbunden und am jetzigen Standort historisch als bedeutsam erachtet. Das Sitzen und Genießen des Brunnens, ohne konsumieren zu müssen, werde mehrheitlich wertgeschätzt, und der Neptunbrunnen werde als selbstverständliches Element für die Erholung in der Berliner Mitte gesehen. Nach diesen Äußerungen aus dem Bürgerdialog trage er zusammen mit den Wasserkaskaden am Fernsehturm und dem Spreeufer dazu bei, dass die Berliner Mitte als „Ort des Wassers“ wahrgenommen werde. Und er werde demnach als stimmiges Bindeglied der Sichtbeziehungen gesehen.

Daneben gebe es auch Äußerungen der Denkmalpflege in Bezug auf die historische Bedeutung des Neptunbrunnens an der heutigen Stelle, die sich zum Teil mit den gerade vorgetragenen Äußerungen deckten. Das gelte insbesondere für die Aussagen zur Axialität der Gesamtanlage – Verbindungsstück zwischen Fernsehturm, Wasserkaskaden, Spreeufer und heutiger Fassade des Humboldt-Forums, die im Entstehen sei. Auch die rechtwinklige Umlenkung der Mittelachse quer zum Rathaus werde von der Denkmalpflege benannt.

Freiraumgestaltung Umfeld Humboldt-Forum

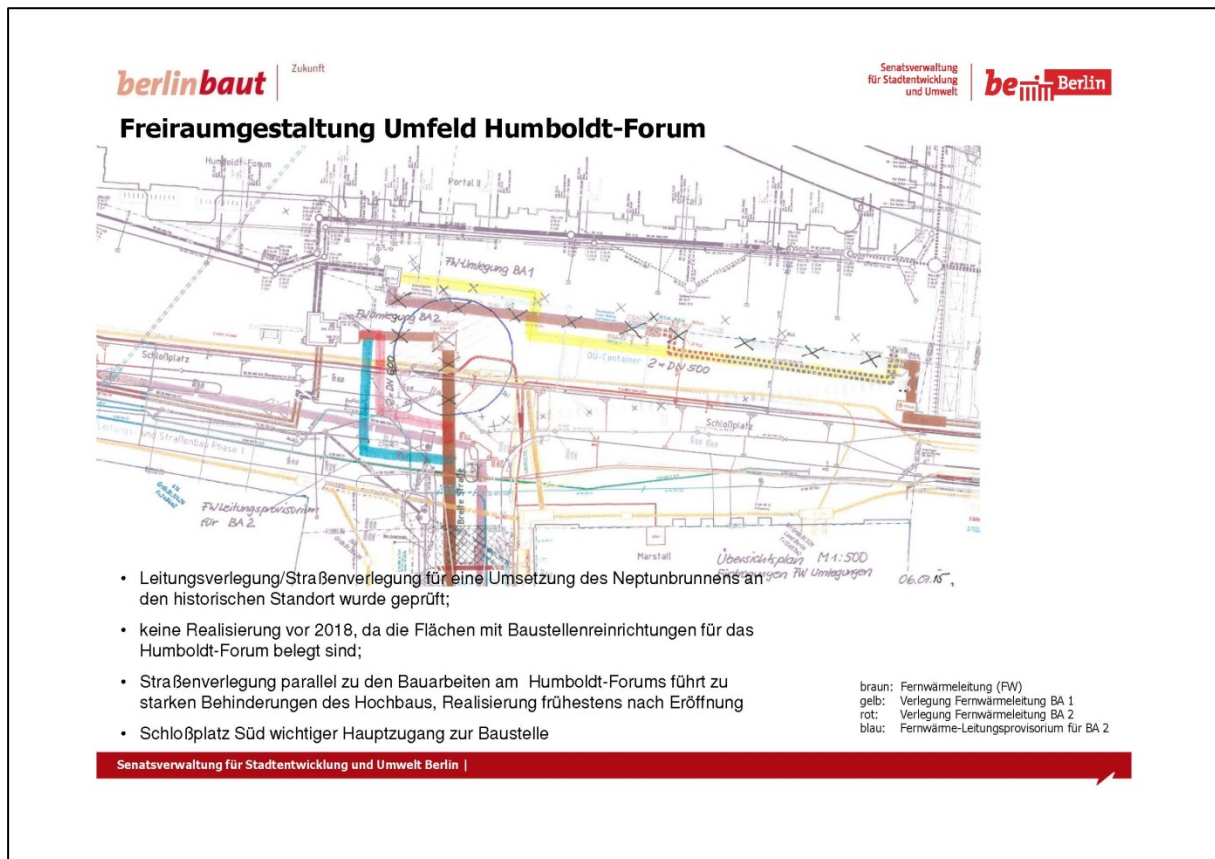
Stadtdebatte „Alte Mitte – neue Liebe?“

Bürgerleitlinien, die Aussagen zum Neptunbrunnen generierten:

- Der Neptunbrunnen wird häufig mit einer hohen Aufenthaltsqualität und einer lebendigen Atmosphäre assoziiert.
- Der Standort des Neptunbrunnens wird historisch als bedeutsam erachtet. Er wird als Selbstverständlichkeit an diesem Ort gesehen.
- Das Sitzen und Genießen des Brunnens „ohne konsumieren zu müssen“ werden mehrheitlich wertgeschätzt.
- Der Neptunbrunnen wird als selbstverständliches Element für die Erholung in der Berliner Mitte gesehen.
- Der Neptunbrunnen trägt zusammen mit den Wasserkaskaden am Fernsehturm und dem Spreeufer dazu bei, dass die Berliner Mitte als „Ort des Wassers“ wahrgenommen wird.
- Der Neptunbrunnen wird als stimmiges Bindeglied der Sichtbeziehungen gesehen.

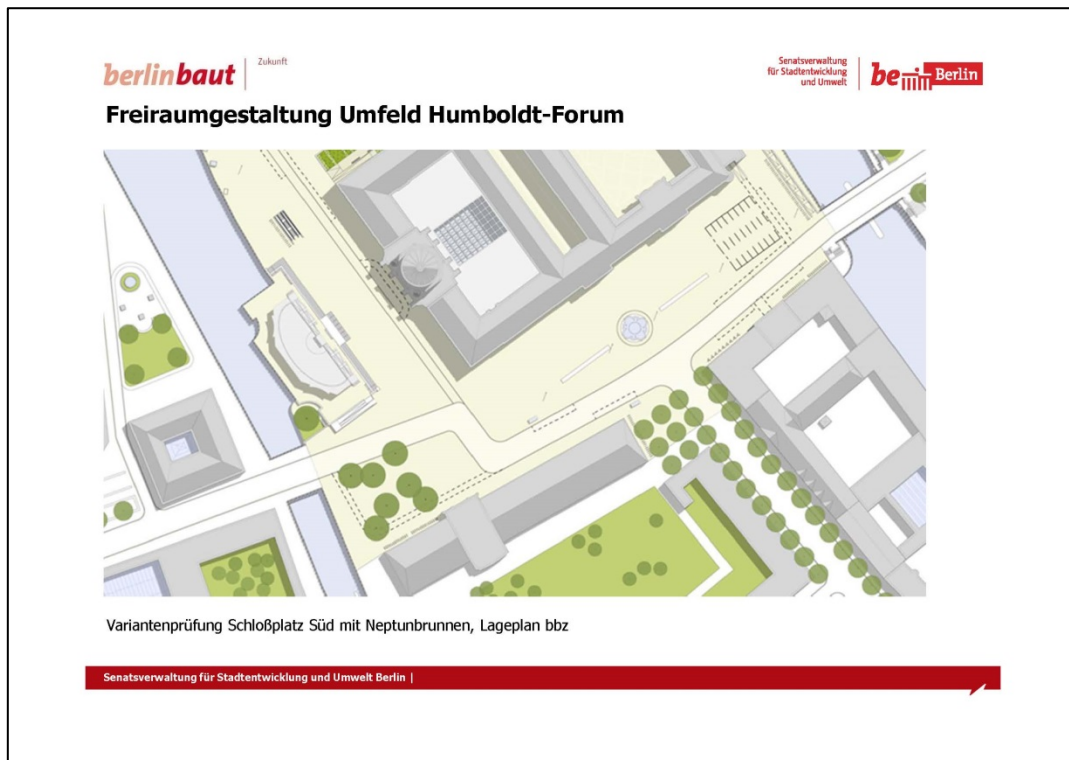
Noch einige technische Details: Durch die 10 Mio. Euro, die der Haushaltsausschuss des Bundestages bewilligt habe, sei man nochmals aufgefordert gewesen, zu untersuchen, was eine Versetzung des Neptunbrunnens auch finanziell bedeuten würde und welche technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten. Eine Leitungsverlegung bzw. Straßenverlegung für eine Umsetzung des Neptunbrunnens an den historischen Standort sei geprüft worden. Eine solche Verlegung sei nötig, weil ansonsten der Neptunbrunnen zu nah an der Fassade stehen würde. Er müsse bei einer Umsetzung genau an die historische Stelle kommen, um die barocke Fassade nicht zu korrumpieren und ihm den angemessenen Raum zu geben.

Eine Realisierung vor 2018 sei nicht möglich, weil die Flächen mit Baustellenreinrichtungen für das Humboldt-Forum belegt seien. In Rücksprache mit der Stiftung bzw. dem Bund sei völlig ausgeschlossen worden, dies vorzuziehen, weil es ansonsten zu Verzögerungen bei den Bauarbeiten für das Schloss käme. Die Termineinhaltung für das Humboldt-Forum habe selbstverständlich oberste Priorität. Eine Straßenverlegung parallel zu den Bauarbeiten am Humboldt-Forum sei also nicht möglich, zumal der Schlossplatz Süd ein wichtiger Hauptzugang zur Baustelle sei. – Man könnte diese Planung aber später umsetzen.



Zur nächsten Folie: Dort sehe man die Bänke, quasi in der Mittelachse zu den Behindertenparkplätzen. Die betreffende Achse müsse erheblich nach Süden versetzt werden, damit der Neptunbrunnen seinen Raum erhalte. Deshalb müsse man die Straße verlegen, sodass es wieder zu einer harmonischen Gesamtkomposition komme.

Wenn man den Baupreisindex bis 2020 aufrechne und die baubegleitenden Arbeiten hinsichtlich der archäologischen Funde – die Grabungen würden schon allein 4 Mio. Euro in Anspruch nehmen – und die 15 Prozent für Unvorhergesehenes berücksichtige, komme man auf Kosten von schätzungsweise ca. 7,5 Mio. Euro für die gesamten Verlegungen – also inklusive Leitungen, Straßenumlegung und Brunneninstallation. Es sei mit einer Bauzeit von zwei Jahren zu rechnen.



Das folgende Schlussbild zeige noch einmal, dass das Verhältnis zwischen Neptunbrunnen und Schloss und diese Distanz des Neptunbrunnens zum Gebäude in dieser Form erforderlich seien, wie es auch ursprünglich gewesen sei.



Vorsitzender Frank Jahnke merkt an, dass der Bund erfreulicherweise 10 Mio. Euro in Aussicht gestellt habe, sodass die angeführten 7,5 Mio. Euro ohne Weiteres aufzubringen seien und man in der Entscheidung frei sei.

Philipp Magalski (PIRATEN) erklärt, man solle den Neptunbrunnen auch angesichts der prognostizierten Kosten an seinem bisherigen Standort belassen.

Vorsitzender Frank Jahnke betont, dass das noch Gegenstand einer ausführlichen Diskussion sein werde, denn der Tagesordnungspunkt werde heute nicht abgeschlossen.

Notker Schweikhardt (GRÜNE) bittet darum, dass zur Fortsetzung der Beratung noch Näheres zu den Erschließungsfragen mitgeteilt werden solle.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt vertagt sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs | 0219 |
| | Zukunft der Ku'damm-Bühnen | Kult |
| | (auf Antrag aller Fraktionen) | |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.02.2016

- | | | |
|----|---|----------------------|
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der | 0223 |
| | Fraktion Die Linke | Kult |
| | Drucksache 17/2755 | Haupt |
| | Sicherung der Bühnen am Kurfürstendamm | |

Vorsitzender Frank Jahnke teilt mit, dass zum Antrag der Grünen und der Linksfraktion – Drucksache 17/2755 – ein Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen vorliege (siehe Anlage 2 zum Beschlussprotokoll).

Stefan Schlede (CDU) erinnert daran, dass man ursprünglich möglichst einen von allen Fraktionen getragenen Antrag zu diesem Thema habe stellen wollen, um dem Anliegen entsprechendes Gewicht zu verleihen. Nun lege man zu dem Antrag der Grünen und der Linksfraktion einen Ersetzungsantrag vor, der das Problem umfassender angehe und das gemeinsame Anliegen enthalte.

Es sollten nicht nur Aspekte der Stadtentwicklung, der Bauplanung und gegebenenfalls des Denkmalschutzes berücksichtigt werden, um den Abriss der traditionsreichen Bühnen am Kurfürstendamm zu verhindern, sondern es solle auch geprüft werden, welche finanziellen Mittel für eine Ausweichspielstätte während der Bauarbeiten und für den zukünftigen Theatetrieb nach dem Umbau des Kudamm-Karrees erforderlich seien. Die bisherige öffentliche Förderung in Höhe von 230 000 Euro jährlich für den Spielbetrieb der Bühnen am Kurfürstendamm werde künftig nicht mehr ausreichen. Angesichts der zu erwartenden Miete sei wohl eine Förderung, wie sie das Renaissance-Theater erhalte – 2,1 Mio. Euro jährlich –, eher angemessen.

Brigitte Lange (SPD) erklärt, der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen sei in der Zielrichtung klarer und seriöser, während der Ursprungsantrag Forderungen aus dem Wolkenkuckucksheim enthalte. Das gelte z. B. für die Forderung, der Senat solle dafür Sorge tragen, dass das Theater und die Komödie am Kurfürstendamm unter Denkmalschutz gestellt würden. Der Senat habe auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Braun vom 31. 3. 2008 zum Denkmalschutz für die Kurfürstendamm-Bühnen eindeutig geantwortet: „Die Entscheidung, die beiden Theater nicht als Denkmal einzutragen, erfolgte nach der Wende 1993 bis 1995 im Rahmen der Gesamtberliner Neuinventarisierung unter rein fachlichen Gesichtspunkten. Wie das zuständige Landesdenkmalamt auf aktuelle Anfragen hin nach erneuter fachlicher Prüfung bekräftigt hat, war dafür der qualitative Vergleich mit den anderen historischen Theaterbauten Berlins entscheidend, darunter auch die Volksbühne und das Renaissancetheater von Oskar Kaufmann. Ausschlaggebend war, dass beim Wiederaufbau der Komödie und des Theaters am Kurfürstendamm und bei späteren Baumaßnahmen wesentliche Veränderungen ihrer ursprünglichen Gestaltung vorgenommen wurden.“

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) betont, dass der Abriss zweier traditionsreicher Theater, die vor fast 100 Jahren von Oskar Kaufmann erbaut und von Max Reinhardt geführt worden seien, zugunsten eines Einkaufszentrums weder kulturpolitisch noch stadtpolitisch in das 21. Jahrhundert passe. Nach selbstzerstörerischen Abrissen in den vergangenen Jahren müsse jeder, der heute ein Einkaufszentrum errichten oder umbauen wolle, wissen, dass dies nicht mit der Vernichtung von Kulturstätten einhergehen dürfe.

Käme es zu dem Abriss der Bühnen am Kurfürstendamm würde das auch die Ausstrahlung des Kurfürstendamms relativieren. Ein früherer Kultursenator trage wegen der Schließung des Schillertheaters im Jahr 1993 noch heute den Namen „Schiller-Killer“ mit sich herum, und sicher wolle der jetzige Regierende Bürgermeister und Kultursenator Müller nicht als der Verantwortliche für den Verlust dieser beiden Theater am Kurfürstendamm in die Annalen der Stadt Berlin eingehen.

Es gebe keinen zwingenden Grund, warum die beiden Theater nicht weiter wie bisher in einen Umbau eingefügt werden könnten. Er appelliere an die SPD-Fraktion, gemeinsam mit den anderen Fraktionen den Abriss dieser Theater zu verhindern. Auch 37 Kulturinstitutionen und Künstler hätten sich bereits in diesem Sinne an den Regierenden Bürgermeister gewendet. Im Übrigen werde 100 m östlich des Kudamm-Karrees Karstadt im nächsten Jahr eine Einkaufsmall eröffnen. Er appelliere auch an den Investor, seine Verantwortung als zukünftiger Eigentümer einer Kurfürstendammliegenschaft ernst zu nehmen, auf die Abrisspläne zu verzichten und den Umbau dieses Areals so zu gestalten, dass die beiden Theater darin überleben könnten.

Wolfgang Brauer (LINKE) merkt an, der Vorredner habe den entscheidenden Punkt angesprochen, denn es gehe hierbei um die grundsätzliche Frage, ob der Konsum und das Kaufhaus oder die Kultur den Vorrang haben sollten. Zumindest für den Kulturausschuss sollte die Antwort dabei klar sein. – Zum Denkmalstatus der Bühnen: Seinerzeit sei auch aufgrund politischer Implikationen der Denkmalschutz aufgehoben worden – im Zusammenhang mit Verkaufsabsichten und Verträgen –, und insofern habe sich bereits damals die Kulturpolitik dem Marktdenken unterworfen.

Die Formulierung im Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen, wonach „gegebenenfalls“ Aspekte des Denkmalschutzes zu berücksichtigen seien, bedeute in das Alltagsdeutsch übersetzt, dass man ihn eventuell berücksichtigen könne, aber nicht berücksichtigen müsse. – [Daniel Buchholz (SPD): Es besteht doch gar kein Denkmalschutz!] – Der Antrag der Grünen und der Linksfraktion fordere hingegen, dass der Senat dafür Sorge tragen solle, dass das Theater und die Komödie am Kurfürstendamm unter Denkmalschutz gestellt würden. – [Daniel Buchholz (SPD): Das ist eine neue und andere Aussage!] – Man wolle, dass die beiden Bühnen wieder unter Denkmalschutz gestellt würden. – [Vorsitzender Frank Jahnke: Was heißt „wieder“?] –

In der Anhörung vom 8. 2. 16 sei ein Konsens erkennbar gewesen, dass sich die Kulturpolitiker gemeinsam dafür einsetzen wollten, den Abriss dieser beiden Bühnen zu verhindern. Zumindest sollte der Senat aufgefordert werden, sich darum zu kümmern, dass es nicht zu einem Abriss komme. Auch wenn die Möglichkeiten der öffentlichen Hand gegenüber einem privaten Eigentümer begrenzt seien, müsse man wenigstens ernsthaft einen solchen Versuch unternehmen, statt schon im Vorhinein klein beizugeben, wie es der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen tue.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm) erklärt, dass in Bezug auf den Denkmalschutz Missverständnisse vorhanden seien und man deshalb die Vorgeschichte genau betrachten müsse. Vorweg betone sie, dass sie überhaupt nichts gegen die Bühnen am Kurfürstendamm habe und gern mithelfen würde, diese zu retten. Allerdings sei sie überzeugt, dass dies nicht über den Denkmalschutz möglich sei und andere Wege gefunden werden müssten. Sie könne sich vorstellen, dass man über einen städtebaulichen Vertrag das gewünschte Ergebnis aushandeln könnte, was aber nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich sei.

Für den Denkmalschutz sei zunächst einmal der Bezirk zuständig. – Bauten des Architekten Oskar Kaufmann seien unter Denkmalschutz gestellt worden. Die Bühnen am Kurfürstendamm seien allerdings nie Teil der Denkmalliste gewesen, und nicht einmal in Dehios Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, Ausgabe von 1994 und 2000, seien diese Bühnen aufgeführt. Das Landesdenkmalamt habe nicht nur einmal, sondern mehrfach geprüft, und seit der letzten Prüfung seien keine neuen Sachverhalte entstanden.

Beide Theater hätten nach dem Inkrafttreten des West-Berliner Denkmalschutzgesetzes von 1977 zum geschützten Baubereich Kurfürstendamm gehört, und das sei das Einzige, was dazu bestanden haben. Hierbei handle es sich um eine Art von Gestaltungssatzung, in deren Geltungsbereich für Veränderungen im Außenbereich von Bauten denkmalrechtliche Genehmigungen vorliegen müssten. Für das Innere habe es keine denkmalschutzrechtlichen Genehmigungsvorbehalte gegeben; diese seien auch nicht zu formulieren gewesen, weil die Gebäude nicht unter Denkmalschutz gestanden hätten.

Mit der Novelle des Berliner Denkmalschutzgesetzes von 1995 sei das Instrument des geschützten Baubereichs mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren außer Kraft gesetzt worden. Seither gebe es dieses Instrument nicht mehr, sodass seit 2000 denkmalpflegerische Einflussnahme nicht mehr möglich sei.

Für die beiden Theater am Kurfürstendamm habe jedoch mit dem Verkauf des Kudamm-Karrees 1990 durch das Land Berlin an einen privaten Eigentümer eine Nutzungsbindung

existiert. Das habe nichts mit dem Denkmalschutz zu tun, werde aber manchmal damit verwechselt. Die Nutzungsbindung verpflichte den Käufer, die mit den Theatern bestehenden Pachtverträge nur mit Zustimmung des Verkäufers – also des Landes Berlin – zu kündigen. Bei einem Verstoß gegen diese Verpflichtung habe dem Verkäufer bis August 2010 – also 20 Jahre nach Kaufvertragsabschluss – das Recht zum Wiederkauf zugestanden. 1998 sei durch einen abgeschlossenen Vertrag diese Frist verkürzt worden – gegen eine Zahlung von 2 Millionen. Die Nutzungsbindung sei also von 20 Jahren auf 15 Jahre verkürzt worden und habe somit bis 2005 gegolten. Die Aufhebung dieser Nutzungsbindung werde irrtümlich auch als Ablösung des Denkmalschutzes begriffen.

Aus fachlicher Sicht sei es auch nicht möglich, z. B. durch Weisungsrecht Einfluss auf die Eintragung in die Denkmalliste zu nehmen. Das sei allein der Fachverwaltung vorbehalten. Im Übrigen sei eine Eintragung in die Denkmalliste noch nicht justitiabel, sondern erst dann, wenn der Besitzer eines eingetragenen Denkmals z. B. einen Umbau genehmigen lassen müsse oder einen Abbruchantrag stelle, könne man gegebenenfalls in Widerspruch treten.

Sabine Bangert (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Bühnen am Kurfürstendamm 1995 im Zusammenhang mit der Änderung des Denkmalschutzgesetzes auf der Vorschlagsliste gestanden hätten und dann plötzlich von dieser verschwunden seien, denn der damalige Besitzer Rafael Roth habe die Immobilie veräußern wollen, und der Denkmalschutz wäre dabei hinderlich gewesen und hätte erheblich den Preis gedrückt. In den Verhandlungen mit Ballymore habe eine Vereinbarung vorgesehen, dass geprüft werden solle, ob die Bühnen unter Denkmalschutz zu stellen seien. Auch dies sei im Sande verlaufen.

Die beiden Bühnen am Kurfürstendamm seien nicht nur aufgrund der Architektur – Stichwort: Logentheater –, sondern auch im Blick auf die Theatergeschichte denkmalschutzwürdig. Im Übrigen sei die denkmalgeschützte Volksbühne, ebenfalls ein Theaterbau von Oskar Kaufmann, nach Kriegszerstörungen wiederaufgebaut, aber nicht eins zu eins rekonstruiert worden. Insofern sei ihr unverständlich, warum es diese Untätigkeit seitens des Senats in Bezug auf den Denkmalschutz für die Bühnen am Kurfürstendamm gegeben habe.

Der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen fordere keine Entscheidung, sondern sei lediglich ein Prüfauftrag, wobei das Ergebnis dieser Prüfung am 10. 6. 16 vorliegen solle – drei Tage vor der letzten Sitzung des Kulturausschusses. Angesichts der Abgeordnetenhauswahl im September könne man unterstellen, dass auf dieser Ebene nichts weiter passieren werde. Die Koalitionsfraktionen wollten offenbar nicht tätig werden, sodass dieses Problem dann mit Erteilung der Baugenehmigung – und leider mit dem falschen Ergebnis – gelöst sei. Welche weiteren Schritte würden die Koalitionsfraktionen unternehmen, um die Bühnen am Kurfürstendamm zu retten? – Der Antrag der Grünen und der Linksfraktion enthalte klare Forderungen zum Erhalt der beiden Theater.

Michael Braun (CDU) dankt Staatssekretärin Lüscher für die Darstellung der rechtlichen Grundlagen, denn damit werde die Debatte um die Bühnen am Kurfürstendamm versachlicht. – Für den Prüfauftrag gelte eine relativ kurz Frist, und in dieser Zeit drohe auch nicht die Abrissbirne, denn hinsichtlich der Bühnen am Kurfürstendamm habe nach dem Wegfall der Chipperfield-Planung eine neue Planungsphase begonnen. – Es sei problematisch, wenn man sich zur Rettung der Bühnen am Kurfürstendamm allein auf den Weg des Denkmalschutzes beschränke. Der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen fordere, auch Aspekte

der Stadtentwicklung zu prüfen, und sei insofern weitergehend. Zu den Aufgaben der Stadtentwicklung gehöre z. B. auch, kulturelle Stätten zu erhalten.

Der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen berücksichtige zudem eine weitere wichtige Aufgabenstellung, die im Ursprungsantrag völlig fehle. Das Abgeordnetenhaus müsse sich dazu bekennen, dass die Bühnen am Kurfürstendamm – jedenfalls von einem vernünftigen Betreiber – wahrscheinlich nur dann zu betreiben seien, wenn eine angemessene Förderung seitens des Landes Berlin hinzukomme. Zum Finanzbedarf seien bereits Aussagen getroffen worden. Wenn im nächsten Haushalt die Förderung nicht deutlich erhöht werde, werde es die Bühnen am Kurfürstendamm mit dem Intendanten Martin Woelffer wahrscheinlich nicht mehr lange geben, und dass ein anderer Betreiber dann dort erfolgreich arbeiten könnte, sei auch zu bezweifeln.

Wenn alle Fraktionen dem Ersetzungsantrag zustimmen würden, wäre das ein deutliches Zeichen, das auch eine Bindungswirkung für die nächste Berliner Regierung hätte.

Stefan Schlede (CDU) erklärt, auch der Antrag der Grünen und der Linksfraktion würde zunächst einmal zu einer Prüfung führen. – Wenn im Juni das Ergebnis des Prüfauftrags vorliege, habe man die Möglichkeit, auf Grundlage des Ergebnisses der Prüfung eine – möglichst gemeinsame – Entscheidung zu treffen.

Zum Thema Denkmalschutz: Wenn man als Erstes den Denkmalschutz für die Bühnen am Kurfürstendamm erreichen wolle, könne das auch ein großer Misserfolg werden, insbesondere wenn man die Ausführungen von Staatssekretärin Lüscher zu diesem Thema berücksichtige. Deshalb habe man im Ersetzungsantrag die Formulierung „gegebenenfalls“ gewählt. Im Übrigen wolle man die Bühnen am Kurfürstendamm ohnehin an diesem Standort erhalten – also auch dann, wenn sie keinen Denkmalschutz erhielten. Grund hierfür sei deren kulturelle Bedeutung an diesem Standort. – Wenn man lediglich den Erhalt einer der beiden Bühnen fordern würde, wäre das auch kein guter Antrag.

Sabine Bangert (GRÜNE) betont, dass die neue Planung für das Kudamm-Karree relativ weit fortgeschritten sei und insofern großer Zeitdruck bestehe. Der Investor nehme sehr viel Geld in die Hand, und insofern sei es sinnvoller, jetzt und gemeinsam mit dem Investor zu klären, was in Bezug auf den Erhalt der Bühnen noch möglich sei bzw. nicht möglich sei, und dann zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Deshalb sollte man jetzt keinen Prüfauftrag erteilen, wie es der Ersetzungsantrag vorsehe, und die Hängepartie nicht fortführen. Der Antrag der Grünen und der Linksfraktion fordere keine Prüfung, sondern konkrete Schritte. Dem Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen könne sie nicht zustimmen, denn damit werde nichts entschieden, sondern lediglich eine Prüfung ohne ein weiteres konkretes Vorgehen beschlossen. – [Michael Braun (CDU): Wir können doch nicht den Denkmalschutz beschließen!] –

Wolfgang Brauer (LINKE) erklärt, der Ersetzungsantrag mit seinem Prüfauftrag werde wohl dazu führen, dass das Abgeordnetenhaus in dieser Legislaturperiode keine Entscheidung in dieser Frage treffen und dann bis zum Jahresende auf dieser Ebene nichts mehr geschehen werde. Es sei noch nicht einmal sicher, dass bis zum 10. 6. 16 ein Prüfergebnis vorliege. Andererseits könne man davon ausgehen, dass seitens des Investors und der Verwaltung in dieser Zeit entschieden und gehandelt werde.

Der Antrag der Grünen und der Linksfraktion fordere an erster Stelle den Senat auf, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, dass die Bühnen am Kurfürstendamm und deren Spielbetrieb erhalten blieben, und erst Punkt 2 betreffe den Denkmalschutz. Das sei eine klare Forderung, die auch ein breites Instrumentarium zulasse. Entscheidend sei hierbei das Ergebnis; es müssten jetzt Sicherungen eingezogen werden, dass es nicht zum Abriss komme. – Über Finanzierungsstrategien für die Bühnen am Kurfürstendamm müsse man zum jetzigen Zeitpunkt nicht diskutieren, zumal man erst kürzlich einen Doppelhaushalt verabschiedet habe.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) betont, dass es ein Skandal wäre, wenn zwei renommierte Theater zugunsten des Umbaus eines Einkaufszentrums abgerissen würden. Wie bereits von mehreren angeführt, spiele der Denkmalschutz im Grunde keine Rolle, sondern entscheidend sei, dass die beiden Bühnen am Kurfürstendamm erhalten blieben. – Der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen fordere auch zu Recht, die Finanzierungsfrage zu klären.

Als Ergebnis der Diskussion könne man festhalten, dass sich mindestens vier Fraktionen eindeutig für den Erhalt beider Bühnen am Kurfürstendamm ausgesprochen hätten. Er appelliere an den Koalitionspartner, sich diesem Votum anzuschließen. Für die Reputation dieser Koalition und der SPD wäre es kein Gewinn, wenn man in dieser Frage weiter geschieden bliebe. Er gehe von dem guten Willen aus, der sich hier und da bei allen Beteiligten gezeigt habe, und hoffe, dass über einen städtebaulichen Vertrag eine Lösung zugunsten der Theater gefunden werde.

Brigitte Lange (SPD) weist ebenfalls darauf hin, dass man zu einem frühen Zeitpunkt klären müsse, welche Kosten auf den Landeshaushalt zukämen. – Nun müsse man realistisch sein und sehen, was machbar sei, um dann ein Maximum zu erreichen. Den Prüfauftrag nehme man sehr ernst. Das Ergebnis der Prüfung solle am 10. 6. 16 vorliegen, am 13. 6. 16 tage der Kulturausschuss, und am 8. 9. 16 finde die letzte Plenarsitzung statt. Insofern bleibe noch einige Zeit, um auf einer gesicherten Grundlage zu handeln. – Die bloße Forderung, es solle alles so bleiben, wie es derzeit sei, helfe hingegen niemandem weiter – insbesondere nicht den beiden Theatern.

Notker Schweikhardt (GRÜNE) erklärt, der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen drücke sich vor dem Bekenntnis zu diesen Theatern. Der Abgeordnete Dr. Lehmann-Brauns habe allerdings zu Recht auf die kulturpolitische Verantwortung verwiesen. – Man müsse jetzt klare Zeichen setzen und auch dem Intendanten der beiden Theater Planungssicherheit geben. Der Investor habe sehr deutlich erklärt, dass er zu dem Theater stehe und bereit sei, der Familie Woelffer einen langfristigen Vertrag anzubieten, und er habe sich auch in Workshops darum bemüht, gute Lösungen zu finden. Insofern benötige aber auch der Investor ein Bekenntnis; er müsse die Gewissheit haben, dass zumindest der Kulturausschuss hinter diesen Theatern stehe. Die Besucherfrequenz von 250 000 Besuchern im Jahr sei unter den jetzigen Umständen sehr gut, und das wisse auch der Investor als Magnet für seine Liegenschaft zu schätzen.

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult) hebt hervor, dass der Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen den Senat auffordere, Mittel und Möglichkeiten zu prüfen, wie ein Abriss der traditionellen Bühnen am Kurfürstendamm – also beider Bühnen – verhindert werden könne. Solche Mittel seien z. B. ein städtebaulicher Vertrag oder die Bitte um Überprüfung, ob in einem Neubau eine oder zwei alte Bühnen erhalten werden könnten.

Diese Möglichkeiten müsse man jetzt in kurzer Zeit prüfen, wobei man bisher keineswegs untätig gewesen sei. Man sei in direkten Gesprächen mit der Familie Woelffer, dem Investor und dem Bezirk; man müsse sich mit allen drei Seiten auseinandersetzen. Der Senat habe nicht die Aufgabe, Balkonreden zu halten, sondern müsse reale Politik machen und dabei u. a. auch Ressortinteressen ausgleichen. Wenn man seitens des Parlaments ein von Einigkeit getragenes Mandat erhalte, erleichtere das diese Aufgabe. Auch gegenüber dem Investor sei es hilfreich, wenn man z. B. auf einen Prüfauftrag aller oder sehr vieler Fraktionen verweisen könne.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass die Besprechung unter Tagesordnungspunkt 3 a) abgeschlossen sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag der Koalitionsfraktionen zu und beschließt mit den Stimmen der SPD-, der CDU- und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Grünen und der Linksfraktion, die Annahme des Antrags – Drucksache 17/2755 – in der so geänderten Fassung zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.